

# Retten wir den Staudenhof – gemeinsam die Bauwende gestalten!

Initiative „Retten wir den Staudenhof – Bauwende gemeinsam gestalten |  
c/o Rechenzentrum | Dortustraße 46 | 14467 Potsdam

Initiative „Retten wir den  
Staudenhof – Bauwende  
gemeinsam gestalten

## Offener Brief an die Stadtverordneten

c/o Rechenzentrum Potsdam  
Dortustraße 46  
14467 Potsdam

Potsdam, 19.04.2023

Email: kontakt@staudenhof.info  
Tel.: 0331-8132 8020

## Appell zum verantwortungsbewussten Umgang mit Steuermitteln im Sinne der Allgemeinheit

Aufgrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat Potsdam im vergangenen Jahr bereits 2.500 Menschen aufgenommen, die vor dem Krieg fliehen mussten. Nach aktuellen Schätzungen werden bis zum Ende des Jahres 1.500 weitere Menschen nach Potsdam kommen.

Die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) tut ihr Möglichstes, um kurzfristig entsprechenden Wohnraum zu schaffen.

Bisher bekannt war das Sonderbauprogramm der Pro Potsdam, über das 450 Wohnungen in den nächsten Jahren errichtet werden sollen.

Die Pro Potsdam wird unter anderem am Eichenweg und am Kossätenweg 135 Wohnungen für bis zu 545 Geflüchtete errichten. Die Dringlichkeitsbeschlussvorlage 23/SVV/0261 vom 6.3.2023 stellt dar, dass die LHP diese Wohnungen von der ProPotsdam ab April 2024 bzw. Juli 2024 zu Nettokaltmieten von ca. **23 Euro pro m<sup>2</sup> Wohnfläche** zzgl. Nebenkosten anmieten wird. Dieser Wert ist doppelt so hoch wie der aktuelle Mietspiegel im Neubau!

Die Wohnungen im Staudenhof kosten die LHP aktuell ca. 10 Euro pro m<sup>2</sup> Wohnfläche inkl. Heiz- und Nebenkosten. **Ein Erhalt und eine Weiternutzung als temporäre Unterkunft für Geflüchtete würde dem Steuerzahler und dem städtischen Haushalt bei den zur Verfügung stehenden ca. 6.000 m<sup>2</sup> Wohnfläche jährlich rund 1 Mio. Euro ersparen.**

Die oben benannten Maßnahmen des Sonderbauprogramms der Pro Potsdam decken jedoch den tatsächlichen Bedarf zur Unterbringung Geflüchteter nicht ab, so dass nach weiteren Möglichkeiten gesucht wird.

Laut Berichterstattung der PNN vom 30.3.2023<sup>1</sup> plant die LHP temporäre Unterkünfte für bis zu 1000 Geflüchtete unter anderem in einem Containerdorf am Campus Jungferensee mit 480 Plätzen.

Hierdurch kommen auf den städtischen Haushalt weitere Mehrbelastungen in zweistelliger Millionenhöhe zu.

<sup>1</sup> <https://www.tagesspiegel.de/potsdam/landeshauptstadt/neue-millionenlocher-fur-den-haushalt-fluchtlingsunterkunfte-belasten-potsdamer-etat-zusatzlich-9585053.html>

# Retten wir den Staudenhof – gemeinsam die Bauwende gestalten!

Die PNN berichtet: „So war von rund 30.000 Euro pro Unterbringungsplatz die Rede. Das Land übernehme aber nur rund ein Drittel der Kosten, sagte Exner – der einen Betrag von etwa 16 Millionen Euro in den Raum stellte“

Bei 182 Wohnungen im Staudenhof mit insgesamt ca. 6.000 m<sup>2</sup> Wohnfläche könnten dort geschätzt mindestens 360 Menschen untergebracht werden. **Ausgehend von den durch Herrn Exner kommunizierten Kosten von 30.000 Euro pro Unterbringungsplatz, erspart der Weiterbetrieb des Staudenhofes als temporäre Unterkunft für Geflüchtete Kosten in Höhe von 360 x 30.000 also 10,8 Mio. Euro.**

Gleichzeitig befindet sich die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) in einer äußerst prekären Haushaltslage. Der jüngst vorgelegte Doppelhaushalt 2023/24 weist Rekord Defizite aus und für die grundlegendsten Leistungen fehlen die Mittel.

Es ist nicht zu rechtfertigen, dass an einem Ort in der Stadt mit enormen finanziellem und materiellem Aufwand eine temporäre Unterkunft für eine Dauer von wenigen Jahren errichtet wird und an anderer Stelle ein für den gleichen Zweck perfekt geeignetes und weiter nutzbares Gebäude ohne zwingenden Grund abgerissen wird.

Dies wäre eine unverantwortliche Verschwendung von Steuermitteln und Ressourcen.

Das Rathaus beruft sich auf den geltenden Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, der einen Abriss vorsieht und schließt eine Weiternutzung des Staudenhofes als temporäre Unterkunft für Geflüchtete mit dieser Begründung aus.

Deshalb appellieren wir an Sie als Stadtverordnete: **beschließen Sie für den Staudenhof ein Abrissmoratorium um eine Weiternutzung als temporäre Unterkunft für Geflüchtete zu ermöglichen und damit der öffentlichen Hand Kosten in zweistelliger Millionenhöhe zu ersparen!**

mit freundlichen Grüßen

für die Initiative „Retten wir den Staudenhof – Bauwende gemeinsam gestalten“



Dr. Sophie Haebel



Dr. Daniel Fuhrhop